

Preußen und Reich.

Ministerpräsident Braun vor dem Landtag.

1) Berlin. Im Preussischen Landtag nahm am Freitag, anlässlich der Aussprache über den Haushaltsplan für 1929, Ministerpräsident Braun das Wort, der von den Nationalsozialisten mit dem Ruf: „Wummknüppelplakat“ empfangen wurde. Er erklärte, in der Konfessionsfrage bestünde zwischen ihm und dem Unterrichtsminister keine volle Übereinstimmung. Bei der Art der Verhandlungsmaterie werde man den Landtag vor Abschluss der Verhandlungen nicht unterrichten können. Zur Wirtschaftsnotlage Preußens erklärte der Ministerpräsident, man dürfe nicht vergessen, daß Preußens Wirtschaftspolitik stark vom Reich beeinflusst werde. Das sehr schwierige Problem könne man nicht mit einer Politik des Schutzes und der Subventionen lösen. Der Landtag werde sich bei der Bewilligung von Mehrausgaben die weitestgehende Beschränkung auferlegen müssen. Wenn in Bayern im Zusammenhang mit den preussischen Entschädigungsansprüchen an das Reich vom preussischen Gesandten gesprochen werde, so müsse der Ministerpräsident das zurückweisen. Der Ministerpräsident trat der Auffassung entgegen, als verhalte Preußen dazu beizutragen, daß die übrigen Länder durch das Reich abgeholt würden, so daß nur ein hartes Preußen übrig bleibe. Preußen wolle sich nur begeben, daß lebensunfähige Staatsgebilde auf Kosten der übrigen Länder künstlich erhalten bleiben.

Auf dem Gebiet des Einzelhandels sei man trotz intensiver Erörterungen der Verwirklichung nicht wesentlich nähergekommen. Durch künstliche Konstruktionen, zu denen auch der Vorschlag des Bundesbundes gehöre, werde man nicht vorwärts kommen. Der gegenwärtige Dualismus zwischen Preußen und dem Reich in Berlin sei allerdings wenig erfreulich, wenn er sich auch für die Reichsgemeinschaft nicht so nachteilig auswirke, wie man oft behaupte. Wenn der Abgeordnete Dr. von Winterfeldt (Deutschl.) sich darüber beschwert habe, daß die Staatsregierung die Beamten, besonders die Landräte, zu stark steuere, so müsse erklärt werden, daß man jetzt auf diesem Gebiet leider noch nicht so weit sei. Der Ministerpräsident hofft aber, daß er bei seinem 20jährigen Regierungsjubiläum es geschafft haben werde.

Etwas

von der Befriedungspolitik Chamberlains.

In vielen seiner offiziellen Auslassungen hat der englische Minister Chamberlain als wesentlichsten Programmpunkt seines politischen Arbeitens das Ziel angegeben, vermittelt in den europäischen Gegensätzen zu wirken, also eine ausgeglichene Befriedungspolitik zu treiben. Wir wollen nicht sagen, daß es dem englischen Außenminister mit der Durchführung eines solch weitläufigen und menschlich-freundlichen Programms nicht ernst wäre. Aber Chamberlain ist schließlich nicht ein freier Mann. Seine Tätigkeit ist an die Interessen seines Landes, also an die Politik Großbritanniens, gebunden, an Umständen, die zuweilen härter sind als Programmpunkte, die mehr ethischen Charakter haben, als den Zweck, England neue Werte zu schaffen. Verschiedene Beispiele können nachweisen, wie oft zwischen den Worten des englischen Außenministers und den Taten, die die englische Regierung folgen ließ, ein großer und nicht zu überbrückender Gegensatz liegt. Chamberlain spricht sich zwar offiziell für die Notwendigkeit einer möglichst sofortigen Räumung des Rheinlandes aus. Er bezieht auch diese Forderung mit moralischen und ethischen Gründen. Aber, wenn die englische Regierung sich anschließen soll, diese Ansicht durch eine eigene Initiative zu verwirklichen, hört man aus London nur Ausflüchte und Entwendungen, die sich mit angeblichen Rücksichten auf Frankreich beden. Aber auch in einer anderen Hinsicht konnte diese Befriedungspolitik Chamberlains enttäuschend sein. Als die wesentlichste Belastung eines europäischen Friedens hat man den großen französisch-italienischen Gegensatz zu bezeichnen. Hier würde also der Politik Chamberlains ein großes und sehr wichtiges Feld der Betätigung erwachsen. Bis zum Jahre 1926 verhielt sich die Politik Londons Italien gegenüber höchst freundlich. Von diesem Zeitpunkt ab machte sich aber eine sehr starke Umorientierung bemerkbar, eine starke Annäherung an die Interessen Frankreichs, eine Bindung an die Politik der französischen Regierung, die immer härtere Ausmaße annahm, schließlich auch in dem englisch-französischen Flottenkompromiß ihren wirkungsvollen Ausdruck fand.

War diese Politik Chamberlains wirklich eine Befriedungspolitik? Man kann diese Frage wohl kaum bejahen. Steht man doch auf der einen Seite die Entwicklung einer italienischen Gruppenpolitik, einer Zusammenfassung von Kräften, die nur zu dem Zweck zusammengefaßt werden, einer anderen Gruppenbildung eine Gegenkraft entgegenzusetzen. Diese andere Gruppenbildung besorgte Frankreich. Die Folgen dieser Zusammenballung verschiedener Kräftezentren zeigen sich in einer Verstärkung von Reibungsflächen, also in der Vergrößerung einer Gefahr, die dem Frieden Europas droht. Diese Erscheinungen sind Früchte nicht zum mindesten einer Politik Englands, die Herr Chamberlain programmatisch als eine sogenannte Befriedungspolitik bezeichnet. Immerhin braucht man nicht ein besonderes Erkennen über solche Wirkungen englischen politischen Arbeitens zu äußern. Die Politik Großbritanniens ist viel zu sehr mit den Dingen Europas verflochten, um frei von diesen Bindungen nach Erkenntnissen einer höheren Moral wirken zu können. So muß die Moral eines Chamberlains Schlagwort bleiben. Mit Schlagworten aber läßt sich wenig anfangen.

Ernennung von Mitgliedern des Verwaltungsrates der Reichsbahn.

Berlin. (Funknachricht.) Die Reichsregierung hat durch Beschluß vom 14. Dezember 1928 die Herren Dr. Hermann Schmitz, Geheimrat Kommerzienrat Vorstandmitglied der F. W. Farbenindustrie in Berlin, Dr. h. c. Weidner, Generaldirektor der Firma Daniel u. Co., Duisburg, Kolonialführer Reichsland Hermann in Nürnberg und auf Benennung der preussischen Staatsregierung Dr. Otto Feldeis, Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, Berlin zum 1. Januar 1929 zu Mitgliedern des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn ernannt. Mit der Ernennung des Kolonialführers Hermann ist ein alter Wunsch des Personals, einen Sitz im Verwaltungsrat zu haben, in Erfüllung gegangen. Es ist zu begrüßen, daß Beamten- und Betriebsrat dem Anerkennen des Reichsbahnverwaltungsrates zu gewähren, durch Einigung nachkommen sind und einen Vertreter ihrer Gesamtinteressen in Vorschlag gebracht haben. Das Reichskabinett hat diesem Vorschlag geschlossen zugestimmt.

Arbeitgeberverbände zur Deutschen Sozialpolitik.

1) Berlin. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hielt am Freitag im Plenarsaal des früheren Herrenhauses eine öffentliche Mitgliederversammlung ab, in der der bekannte Industrielle Geheimrat Dr. v. Borfig in einem Vortrag zu grundsätzlichen Fragen der deutschen Sozialpolitik Stellung nahm.

Er schilderte zunächst die wirtschaftliche Entwicklung seit der Währungsstabilisierung und ging auf die Frage ein, welchen Anteil die Arbeitnehmerhaft auf sozialem Gebiet an der Wirtschaftsentwicklung seit diesem Zeitpunkt hatte. Diesen Anteil bezeichnet er als außerordentlich hoch, denn aus der Statistik ergebe sich eine wesentliche Steigerung der Höhe, Verfürgung der Arbeitszeit, Ausdehnung der Sozialversicherung und Erreichung des Fortschrittslebensstandards trotz Verkünderung eines großen Teiles unserer Reparations-, Steuer- und Soziallasten hätten im laufenden Jahre einen Gesamtbetrag von fast 24 Milliarden Mark abgemacht. Der jetzige Zustand der Wirtschaft lasse eine weitere Tragfähigkeit solcher Lasten und eine weitere Entwicklung im Tempo der letzten fünf Jahre nicht erwarten. Unter Einrechnung eines jährlichen durchschnittlichen Aufwandes von zwei Milliarden Auslandskrediten ergebe sich, daß nicht einmal die Hälfte des notwendigen Kapitals heute der deutschen Wirtschaft zur Verfügung stehe. Die Folge seien mehr als doppelt so hohe Zinssätze als die der großindustriellen Konkurrenzländer. Dem gegenüber sei die Rentabilität der deutschen Industrie völlig ungenügend. 41 Prozent der an der Berliner Börse gehandelten Aktien notierten unter Par. Der Bergbau arbeite übermäßig ertraglos. Eisen- und Metallindustrie, einschließlich Schiffbau, seien unrentabel. Der Wohnungsbau werde nur mit Steuermitteln über Wasser gehalten. Hierzu komme die ertraglose Landwirtschaft. Diese wirtschaftliche Lage müsse auch die Sozialpolitik berücksichtigen.

In seinen weiteren Ausführungen betonte der Redner besonders die Notwendigkeit einer Reform des Schlichtungswesens. Nachdem Universitätsprofessor Dr. v. Dederath (Bonn) sich über politische Ideen und Wirtschaftsverfassungen der heutigen Zeit im internationalen Vergleich verbreitet hatte, sog. Regierungspräsident z. D., Braunweiler, aus den von

Geheimrat v. Borfig gemachten Ausführungen über die Lage der Wirtschaft die Schlussfolgerung durch die Auffassung einer Reihe von programmatischen Forderungen. Darin fordert die Vereinigung der Arbeitgeberverbände eine vom Zwangscharakter des Staates und der Parteipolitik freie Wirtschaftsführung und auf dieser Grundlage eine gesunde Sozialpolitik, die sich möglichst auf der Selbstverwaltung durch Zusammenarbeit zwischen allen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufbauen müsse.

Die Vereinigung wolle positiv mitarbeiten an der Schaffung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuchs, das die Anerkennung des Einzelvertrages als individuelles Schuldverhältnis mit gegenseitigen Rechten und Pflichten zur Grundlage hat. Beim Verfahrenrecht müsse der Einfluß politischer Instanzen oder Verwaltungsstellen ausgeschaltet werden. Der Tarifvertrag wird als Grundlage für die Regelung der Arbeitsbedingungen anerkannt, aber auch die rechtliche Anerkennung der Betriebsvereinbarung in stärkerem Umfang gefordert.

Bei der Reform des Schlichtungswesens soll der Zwangscharakter des Staates auf das durch den unmittelbaren Staatszwang begrenzte Maß beschränkt werden. Die soziale und kulturelle Bedeutung des Schlichtungswesens wird anerkannt, aber eine staatliche Regelung abgelehnt.

Eine Bindung an das internationale Arbeitsrechtsabkommen wird mit Deutschlands weltwirtschaftlicher und allgemein politischer Lage für unvereinbar erklärt. In der Sozialversicherung soll mit den Arbeitnehmern zusammengearbeitet werden im Sinne rationaler Verwendung der Mittel und Verhinderung unberechtigter Ausnutzung durch Verschleiere. Das soll auch für die Arbeitslosenversicherung gelten. Im Berufsausbildungswesen sollen verschärfende Bestimmungen unterbleiben, und es soll der freien Initiative Bahn gelassen werden. Schließlich erklärt sich die Vereinigung mit der Schaffung eines deutschen Berufsvereinsgesetzes einverstanden, das die Grundsätze der Koalitionsfreiheit und der Freiwilligkeit im Zusammenschluß unangetastet läßt.

Diese programmatischen Grundzüge fanden die Zustimmung der Versammlung.

Politische Tagesübersicht.

Ein Staatsanwalt im Urteil von Großhainern erschlagen. Nach Meldungen aus Romo ist im Gouvernement Ufa im Ural ein Anschlag gegen den Staatsanwalt Jaskowez verübt worden. Nachdem in der letzten Zeit die Ausschreitungen der Großhainern sich zumeist nur gegen kleinere Beamten und Mitarbeiter der kommunistischen Partei gerichtet hatten, ist dieser Anschlag insofern bedeutungsvoll, da er sich gegen einen höheren Beamten richtet. Jaskowez wurde unterwegs nach dem Dorf Embichowo von Großhainern überfallen und erschlagen. Während des Bürgerkrieges besetzte er besondere Abteilungen der Tscheka.

Keine Verlängerung des Gesetzes über Verstecke mit unedlen Metallen? Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages lehnte am Freitag die Regierungsvorlage ab, wonach die Geltungsdauer des Gesetzes über den Versteck mit unedlen Metallen bis zum 31. Dez. 1929 verlängert werden sollte. Die Regierung hatte darauf hingewiesen, daß der überwiegende Teil der Industrie die weitere Aufrechterhaltung des Gesetzes für erforderlich halte, da sie von einem Fortfall ein starkes Wiederanschwellen der Metallpreise befürchte.

Verlängerung des deutsch-tschechischen Kohlenabkommens. Nach Mitteilung des Wirtschaftsministeriums ist in den Verhandlungen des Reichskohlenkommissars mit dem tschechischen Kohlenminister in seinen Grundzügen unverändert bis zum 30. Juni 1929 verlängert worden.

Zusammenschluß des Deutschen in Texas. Zum ersten Mal seit langer Zeit wurde in Texas ein Deutscher Tag gefeiert. Die Feier gab Anlaß, um einen improvisierten Staatskonzert der Vertreter der größten texanischen Deutschstumorganisationen abzuhalten, auf dem beschlossen wurde, einen deutschen Vereinsverband für Texas zu schaffen.

Wieder polnische Flugzeuge über deutschem Gebiet. Nachdem erst am 28. November drei polnische Flugzeuge die Grenze bei Tirschtiegel überflogen hatten und auf ihrem Zuge bis in die Gegend von Küstrin geschickt wurden, wurden gestern nachmittag wiederum drei polnische Flugzeuge südlich von Meseritz in niedriger Höhe fliegend festgestellt. Nach Beobachtungen von Augenzeugen haben die Flugzeuge wieder die gleiche Gegend wie am 28. November aufgesucht. Sie kreisten bei dem Kraftwerk der Ueberlandzentrale der mittleren Grenzmark und den Braunkohlegruben bei Rainsch. Eines der Flugzeuge trug wiederum die Abzeichen P.O.B. Bei einem anderen ist deutlich der Name „Polka“ festgestellt worden. Bismitt diesmal die Flugzeuge im Innern Deutschlands waren, konnte noch nicht ermittelt werden.

Abgeschlagener Kommunismus auf das Bamberger Rathaus. Zu Beginn der gestrigen Sitzung der städtischen Kollegien kam es zu außerordentlich stürmischen kommunistischen Demonstrationen vor dem Bamberger Rathaus. Die Kommunisten, die eine erhebliche Weihnachtsschleife, Bereitstellung von Feuerung usw. gefordert hatten, verarmelten vor dem Rathaus etwa 200 ihrer Anhänger. Kurz vor 7 Uhr verhafteten die Kommunisten den von Kriminalbeamten bewachten Eingang des Rathauses zu kürzen. Der Sturm mißlang, da starke Polizeikräfte im Gebäude untergebracht waren, die mit Gummiknüppel und dem blanken Degen die Demonstranten auseinandertrieben.

Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. In einer Meldung der „Epoka“, wonach die Deutschen bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen ein ungünstiges Angebot in der Schweineexportfrage gemacht hätten, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß dieses Angebot nicht von uns gemacht worden ist. Im Gegenteil haben sich an den privaten Besprechungen zwischen den beiderseitigen Interessenten der polnische Verhandlungsführer von Twardowski und das Mitglied des Ministeriums, Adamiewicz, beteiligt und auch an der Redaktion eines Vertragsentwurfes mitgewirkt. Dies ist von dem Polen v. Twardowski zugegeben worden, auch, daß die interessierten Defektors sich mit dem Entwurf einverstanden erklärt haben. Es handelt sich also um einen polnischen Gedanken, dem wir zugestimmt haben.

Das gesamte Finanzgesetz durch die französische Kammer angenommen. Die französische Kammer hat mit 400 gegen 120 Stimmen das gesamte Finanzgesetz angenommen. Zum ersten Male südafrikanische Flotte in Hamburg. In den am Jungfernstieg gelegenen Häfen der südafrikanischen Regierung in Hamburg wird am kommenden Sonntag gelegentlich eines südafrikanischen Nationalfeiertages zum ersten Male in Deutschland die kürzlich beschaffene orange-weiß-blaue Flotte der südafrikanischen Union an-

geführt werden. Diesem Akt kommt dadurch besondere Bedeutung zu, als bisher im britischen Imperium ausschließlich die britische Flagge flog.

Eine ungarische Erklärung zum Wiener Waffenstillstand. Wiener Nachrichten zufolge stellt die österreichische Polizei fest, daß beim Beladen eines Donaufrachtschiffs Nachschußgewehrbestandteile entdeckt worden sind. Die Sendung war als Rohmotorolen deklariert und nach Meldung der Wiener Polizei nach Budapest bestimmt. Die Angelegenheit ist in Budapest vollständig unbekannt, weshalb sich die ungarischen Behörden um weitere Aufklärung nach Wien gewandt haben.

Die Deutsche Volkspartei verlangt Änderungen der Reichsverfassung.

1) Berlin. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung eingebracht, wonach Artikel 54 der Reichsverfassung wie folgt geändert werden soll:

Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstages. Bei Beginn der Amtsführung und jeder Wahlperiode ist dieses Vertrauen durch einen Mehrheitsbeschluß des Reichstages festzustellen. Eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages ist erforderlich, wenn der Reichsregierung oder dem Reichskanzler oder einem der Reichsminister das Vertrauen wieder entzogen werden soll. Es genügt einfache Mehrheit, wenn der Antrag auf Entziehung des Vertrauens in Verbindung mit der Schlußabstimmung der dritten Sitzung des ordentlichen Haushaltes eingebracht wird. In Artikel 55 sollen an Stelle der Absätze 4 und 5 folgende Vorschriften treten:

Der Reichstag kann im Entwurf des Haushaltsplanes ohne Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrats Ausgaben nicht erhöhen oder neu einleiten. Der gleichen Zustimmung bedürfen Gesetze und andere Beschlüsse des Reichstages, welche eine Erhöhung des im laufenden Haushaltsjahre vorgezeichneten Ausgaben zur Folge haben. Ergibt sich im Laufe eines Haushaltsjahres auf Grund der Ergebnisse eines Vierteljahres, daß die Einnahmen aus Steuern und Zöllen den Voranschlag um mehr als 10 v. H. übersteigen, so sind die Mehreinnahmen bis zu 10 v. H. zur Verminderung des Anleihebedarfes oder zur Schuldentilgung zu verwenden. Der die Mehreinnahmen um 10 Prozent übersteigende Betrag ist im Laufe des Haushaltsjahres zurückzulegen und bei Aufstellung des folgenden Haushaltsplanes zur Steuervermehrung zu verwenden. Die Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrats kann gemäß den Vorschriften des Art. 74 ersetzt werden.

Als Art. 85 a soll die Vorschrift eingefügt werden, daß die Grundzüge des Artikels 85 Abs. 4, 5 und 6 über die Ausgabenbewilligung sinngemäß auch bei den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden durchzuführen sind.

Der Reparationsagent und die Räumung.

1) Berlin. In Lugano ging das Gerücht, das auch in der Auslandspresse Eingang gefunden hat, Walter Gilbert hätte sich um die Räumung der Rheinlande bemüht und den Vorschlag zur Räumung in vier Abschnitten gemacht. Wir erfahren hierzu an unterrichteter Berliner Stelle, daß von solchen Verhandlungen des Reparationsagenten nichts bekannt ist. Das er noch niemals in der Räumungsfrage eine Stellung eingenommen hat, sondern sich lediglich um die Erledigung der Reparationen bemüht.

Die Wirren in Afghanistan.

1) Peshawar. (Neuer.) Der afghanische Stamm der Ghilzai hält den mit dem König von Afghanistan geschlossenen Waffenstillstand nicht ein und rüfete sich zur Fortsetzung des Kampfes. Die von den Regierungstruppen unternommenen Vordringungen vom Flugzeug aus werden abgelehnt, erzielen aber keine Wirkung, hauptsächlich infolge schlechten Wetters. Das Ergebnis der Besprechungen, die vor kurzem zwischen dem Minister des Auswärtigen und Vertretern der afghanischen in Jallalabad stattgefunden haben, ist nicht bekannt. Der Minister hat sich nach Kabul zurückbegeben, um dem König Bericht zu erstatten. Inzwischen sind von Kabul Verstärkungen der Regierungstruppen nach dem Schaunak der Unruhen abgegangen.